

Ottendorfer Zeitung

Lokal-Anzeiger für Ottendorf-Okrilla und Umgegend

Unterhaltungs- und Anzeigebblatt

Diese Zeitung veröffentlicht die amtlichen Bekanntmachungen des Gemeinderates zu Ottendorf-Okrilla.

Mit den Beilagen „Neue Illustrierte“, „Mode und Heim“ und „Der Kossid“.

Schriftleitung, Druck und Verlag Hermann Köhler, Ottendorf-Okrilla.

Die „Ottendorfer Zeitung“ erscheint Donnerstag und Samstag. Der Bezugspreis wird mit Beginn jeden Monats bekannt gegeben. Im Falle höherer Gewalt (Krieg od. sonst. irgendwelcher Störungen des Betriebes der Zeitung, d. Anzeigen od. d. Verfertigung) hat der Betriber keinen Anspruch auf Lieferung od. Nachlieferung der Zeitung od. Rückzahlung d. Bezugspreises.

Postcheck-Konto Leipzig Nr. 29148.

Werbungskosten sind im Voraus zu entrichten. Die Redaktion ist nicht verantwortlich für den Inhalt der in dieser Zeitung veröffentlichten Mitteilungen. Die Redaktion ist nicht verantwortlich für den Inhalt der in dieser Zeitung veröffentlichten Mitteilungen. Die Redaktion ist nicht verantwortlich für den Inhalt der in dieser Zeitung veröffentlichten Mitteilungen.

Nummer 33

Freitag, den 17. März 1933

32. Jahrgang

Amtlicher Teil

A u f r u f

an alle Einwohner von Ottendorf-Okrilla.

Die nationale Revolution hat endgültig gesiegt. Im Reich, in den Ländern, in den Städten und kleinsten Gemeinden wehen Hakenkreuzfahnen. Ottendorfer, auch an Eurem Rathaus und an Euren Schulen leuchten gegen den herrlichen wolkenblauen Himmel sowohl die Traditionsfahne des alten deutschen Reiches, als auch das Hakenkreuz das Symbol des neuen, jungen Deutschlands.

Die Schmach und Schande von 1918 ist getilgt. Nicht nur vieles, nein alles ist wieder gutzumachen! Die Aufbauarbeit kann und wird, wie im Reiche, so auch in unserer Gemeinde beginnen.

Wir wollen nicht mehr, daß man im Bezirke der Amtshauptmannschaft Dresden von 2 marxistischen Verbrechenssternern spricht, von denen das eine Ottendorf-Okrilla sein soll.

Nein, Schluß damit. Es muß von nun an eine besondere Ehre sein, aus Ottendorf-Okrilla zu stammen. Dafür wird nun mit eiserner Energie gekämpft werden. Der 14 jährige Terror der Marxisten ist gebrochen. Mit Fege, Lüge und Verleumdung gegen alles, was sich national oder deutsch nennt, ist es nunmehr endgültig vorbei. Gestützt auf die Anordnungen des vom Reiche eingesetzten Reichskommissars, Herrn von Killinger, werden wir mit all unserer zu Gebote stehenden Macht, gegen jedes solche Gerücht, gegen jede Lüge und Verleumdung nationalgesinnter Volksgenossen mit härtesten Maßnahmen vorgehen. Wir werden vor allen Dingen jeden Versuch evtl. Terrormaßnahmen früherer politischer Gegner gegen Geschäftsleute und Landwirte unumsichtig verfolgen. Ebenso werden wir selbst durch eine gerechte Behandlung aller berechtigten Anliegen dafür Sorge tragen, daß in unserem Orte Ruhe und Frieden einkehrt, der zum neuen, segensreichen Aufbau unserer Gemeinde so notwendig ist.

Wir fordern alle ehrlichen und deutschgesinnten Volksgenossen auf uns in unserem Vorhaben aufs tatkräftigste zu unterstützen und wir sind der vollen Ueberzeugung, daß es dann gelingen wird zum Wohle unserer Gemeinde, zum Wohle aller unserer Volksgenossen das zu tun, was wir vor Gott und unserem eigenen Gewissen verantworten können.

Im Namen der nationalsozialistischen Bewegung

Richter, Bürgermeister.
Quellmalz, Kommissar f. d. Volksgewalt.

Bekanntmachung.

Die Amtshauptmannschaft hat den Unterzeichneten im Einvernehmen mit Herrn Bürgermeister Richter als Kommissar für die Volksgewalt bestellt.

Der Sanitätskommissar Beyer übt bis auf weiteres seinen Dienst nicht mehr aus.

Quellmalz, Kommissar für die Volksgewalt.

Oertliches und Sächsisches.

Ottendorf-Okrilla, am 16. März 1933.

Das schöne Fest der Silberhochzeit konnten Herr Glasmacher Bruno Bischoff und Gemahlin am gestrigen Tage begehen. Wir übermitteln noch nachträglich dem Jubelpaar herzlichste Glückwünsche.

Hinter den Kulissen des neuen Behar-Films „Es war einmal ein Walzer“, Franz Behar's erste Tonfilmoperette, erscheint jetzt in den Schauburg-Vorstellungen. Wochenlang wurde in einem Berliner Atelier an den Innenaufnahmen des von Viktor Janson inszenierten Films gearbeitet. Man sah dort die wirklichkeitsgetreue Nachbildung des „Theater an der Wien“, in dem große Ballett-Aufführungen stattfanden. Andere Szenen wurden in einer Konditorei einem Friseur-Laden und einem Geurigenlokal gedreht. Eine Kapelle bis zu opernartiger Besetzung intonierte für die Aufnahmen die neue Behar-Musik. Sie begleitete Martha Eggerts, die den Weirain des neuen Walzers singt: Es war einmal ein Walzer, es war einmal ein Wien — und Lissi Kogler, die im Slow Fox-Rhythmus erzählt: Es gibt noch Märchen auf dieser Welt, ich suche eins, das mir gefällt. . . Nach Beendigung der Aufnahmen ist man nach Wien gefahren, um hier echte Wiener Domau-Atmosphäre einzufangen. Bei der Berliner Premiere gab es dann einen großen Erfolg. Die bisher beste Wiener Tonfilmoperette . . . so wurde der Film bezeichnet. Man komme in die hiesige Schauburg und überzeuge sich selbst davon.

Nebenerwerb und Warenhandel von Beamten

Von der Nachrichtenstelle der Staatskanzlei wird mitgeteilt: Die Notlage der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes führt immer wieder zu Klagen gegen das Doppeldienstverbot und gegen den Warenhandel von Beamten. Der Reichsminister des Innern hat deshalb kürzlich verfügt, daß bei der Genehmigung von Nebenebeschäftigung der Beamten, Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienste der strengste Maßstab anzulegen und daß bei Verstößen gegen Verbot des Warenhandels schärfstens vorzugehen ist.

Warenhandel von Beamten, Angestellten und Arbeitern im sächsischen Staatsdienst und Sammeln von Warenbestellungen durch diese und in den Amtsräumen ist nach der Verordnung des Gesamtministeriums vom 28. August 1928 (SächsStZ Nr. 10) untersagt. Die Vorschriften gelten auch für Lehrer, sind aber insbesondere hinsichtlich der gemeindlichen Schulen durch die Verordnung des Ministeriums für Volksbildung vom 23. August 1929 diesen nochmals nahegebracht worden. Die erwähnte Verordnung ist erst am 22. April 1932 allgemein in Erinnerung gebracht worden. Die kommissarische sächsische Regierung erwartet, daß diese Verordnungen nach wie vor strengstens befolgt werden, und sie wird Verstöße dagegen im Dienststrafwege unmissverständlich ahnden.

Dresden. Greislin überfallen. Drei Burlesken traten einer 77jährigen Witwe in der Bernhardtstraße in den Weg. Einer von ihnen verlor die Handtasche zu entziehen. Die Ueberfallene hielt ihre Tasche jedoch so fest, daß der Hentel abriß. Auf die Hilferufe der Frau ergrißen die Räuber unerkannt die Flucht.

Kirchberg. Brandstiftung. Im Anwesen des Gutbesizers Rodos in Obergrünig entstand Feuer, das in kurzer Zeit die Scheune und zwei Seitengebäude mit Stallungen vernichtete. Sämtliche Heu- und Strohpforten sowie landwirtschaftlichen Maschinen fielen den Flammen zum Opfer. Die Entstehung des Feuers wird auf vorsätzliche Brandstiftung zurückgeführt.

Plauen. Hindenburg dankt. Dem Stadtrat ist von der Reichskanzlei ein Schreiben zugegangen, mit dem Reichspräsident von Hindenburg seinen Dank und seine Freude über die Verteilung des Ehrenbürgerrechts ausdrückt.

Eine Waffenverordnung

Der Reichskommissar für Sachsen erläßt eine Verordnung über Ablieferung von Waffen durch die Angehörigen der sozialistischen Parteien (Kommunisten und Sozialdemokraten) an die Polizeipräsidien, Polizeidirektionen, Amtshauptmannschaften und Stadträte, denen die Befugnisse der Verwaltungsbehörden voll übertragen sind.

Bereitete Attentatspläne

Wie bereits gemeldet, waren im Bezirk Annaberg 130 Kommunisten verhaftet worden, da bekannt geworden war, daß von kommunistischer Seite Attentate auf lebenswichtige Betriebe und Industrieanlagen geplant waren, und zwar sollten das Ferngaswerk, das Elektrizitätswerk und das Umspannwerk in die Luft gejagt werden. Die Aussagen mehrerer KPD-Führer bestätigten diese Attentatspläne, über die in einer geheimen Zusammenkunft in Schönfeld gesprochen worden war. Nach weiteren Aussagen seien dazu über zwei Zentner Dynamit, 350 Handgranaten und 250 Schusswaffen zusammengebracht worden. Ein großer Teil der Waffen stammt aus der Tschechoslowakei. Weitere Pläne bezogen sich auf die Vernichtung von SA- und SS-Transporten. Ein Aufruf der SA-Führung auf Ablieferung der Waffen hatte den Erfolg, daß fast in allen obererzgebirgischen Orten die KPD-Angehörigen die in ihrem Besitz befindlichen Waffen abliefereten.

Ähnliche Attentatspläne bestanden bei den Kommunisten in Bismarck; auch hier konnte durch die rechtzeitige Verhaftung der KPD-Führer größeres Unheil verhütet werden. Hier war u. a. die Verhaftung von Weiseln vorgesehen, die bei einem Scheitern des Aufstandes ums Leben gebracht werden sollten.

Der Bezirksleiter des Antifaschistischen Kampfbundes in Niederzöschitz, Lampert, wollte in die Tschechoslowakei fliehen. Der von ihm bestellte Kraftwagen war auch pünktlich an der verabredeten Stelle und Lampert stieg auch ein und wurde im gleichen Augenblick festgenommen, denn der Wagen war mit Volkspolizisten und SA-Leuten besetzt, da die Behörden von der beabsichtigten Flucht des KPD-Führers rechtzeitig Kenntnis erhalten hatten.

Wieder zwei Größen verschwunden

Bei der Aktiengesellschaft Sächsische Werke sind mit sofortiger Wirkung Direktor Albert und Stadtrat Barthel bis auf weiteres beurlaubt worden. Albert hatte beinahe während der Revolution 1918 als Soldat in der 1. und später als Leiter der Nachrichtenstelle der Staatskanzlei eine gewisse Rolle gespielt. Barthel war als Mitglied der SPD ehrenamtlicher unbesoldeter Stadtrat.

Der städtische Direktor Dr. Grün in Dresden ist festgenommen worden; auch Stadtrat Kirchhof wurde in Schußhaft genommen.

Der Königsbräuer Sprengstoffdiebstahl vor Gericht

In der Nacht zum 25. September 1931 waren aus einem Steinbruch der Königsbräuer Granitwerke und in einer Nacht im Dezember 1931 an derselben Stelle größere Mengen Sprengstoff gestohlen worden. Sehr hatten sich vor der Großen Strafkammer des Landgerichts Baugen sechs Angeklagte aus Königsbräuk und Weihen, die kommunistischen Organisationen angehörten, zu verantworten. Die Sprengstoffe sollten offenbar bei einem gewalttätigen Umsturz Verwendung finden. Es war zwar gelungen, die Angeklagten als Täter zu ermitteln, doch konnte der Verbleib des größten Teiles des gestohlenen Sprengstoffs noch nicht in Erfahrung gebracht werden. Das Gericht verurteilte die Brüder Paul und Hugo Bergmann zu je sechs Jahren den Steinarbeiter Messerlinger zu vier Jahren, die Angeklagten Friedel, Rasthke und Fisch zu je zwei Jahren Zuchthaus und je fünf Jahren Ehrverlust.

Die braune Kritik.

Für diesen, wie auch für die folgenden unter dieser Bezeichnung erscheinenden Artikel lehnt der Verlag jede Verantwortung ab.

Was wird mit den Parteibuchbeamten? Nach Errichtung des nationalen Staates unter nationalsozialistischer Führung dürfte nun auch der Programmpunkt in unmittelbarer Nähe gerückt sein, der lautet: Befestigung aller Parteibuchbeamten. Wenn nun im Interesse der ungestörten Abwicklung der Geschäfte in Staat und Gemeinde es nicht gut möglich ist, sofort alle die zahlreichen Ruhestörer eines bankrotten Systems auf die Straße zu setzen, so wird der Nationalsozialismus aber gerade hier mit peinlicher Strenge auf die Durchführung dieses Punktes wachen. Und das mit Recht. Es ist nicht richtig wenn irgend ein Angehöriger eines Berufes in den Büros des Staates oder der Gemeinde ohne jede Vorbildung nur auf Grund der Mehrheit seiner Klasse beschäftigt wird und dadurch ein Berufsbeamter brotlos ist. Diese Leute können und müßten sofort den Laufpaß erhalten. Es gibt aber auch eine zweite Kategorie Parteibuchbeamten und zwar die, welche eine Berufsausbildung nachweisen können. Müßte nun hier der Punkt des NSDAP-Programms ebenfalls zur Anwendung kommen? Jawohl, wenn ihnen nicht ihre überragenden beruflichen Leistungen, sondern ihre Mitgliedschaft bei der die Macht besitzenden Klasse ihnen diese einträgliche Stellung sicherte. Und hier ist es nun mehr recht als billig, das diese Leute, bei einem Kurswechsel wie er jetzt durch die nationale Revolution eingetreten ist, bedingungslos den Weg gehen müssen, den die qualifizierte Berufsbeamenschaft schon seit Jahren gehen mußte, nämlich zum Stempelamt. Wie es nicht geht, daß die Befugung eines sinkenden Schiffes im letzten Moment den Namen des Schiffes ändert und nun die Fahrt weiter fortsetzen kann, genau so unmöglich ist es, das nun ein Parteibuchler einer verflochtenen Periode einfach die Farbe wechselt wie es vielleicht 1918 leicht möglich gewesen ist. Nein, das geht 1933 nicht. Diese Leute, die die ganzen Jahre wohl ihr Gehalt bezogen und nie danach fragten, woher der Staat oder die Gemeinde das Geld dazu hernehmen sollte und die nie daran dachten mit Hand anzulegen an die Wiedergesundung des Deutschen Reiches, sondern mehr oder weniger dem erwachenden deutschen Volke Schwierigkeiten in den Weg legten und mit beizugeben, daß der Staat vor die Hunde gehen sollte, können keinesfalls weiterhin im Besitz ihres Amtes, welches sie auf Grund des Parteibuches, und nicht ihrer Leistungen, erhalten hatten, bleiben. Das wäre, wenn wir Nationalsozialisten das dulden würden, ein Verrat an unseren Brüdern, die mit uns gekämpft haben für Reinheit und Sauberkeit in der Verwaltung aller Behörden. Oder glaubt man vielleicht, wie es hier ein höherer Beamter unserer Gemeinde tun wollte, daß er, wenn er jetzt die Volkzeitung abbestelle, genug getan habe. Nein, meine Herren, das ist vergebliches Bemühen. Lesen sie ruhig die nichterscheinende Volkzeitung weiter, sie können ja selbst unter SA-Führung persönlich dort Erkundigungen einziehen wenn sie wieder in den Besitz ihres Geld- und Magenblattes kommen, und setzen sie sich lieber nach einer neuen Stelle um. Wir Nationalsozialisten können keine Leute zum Aufbau eines zugrunde gerichteten Staates gebrauchen, denen das Gehalt die Hauptsache, das Parteibuch das Mittel zum Zweck und die Arbeit nur eine üble Begleiterscheinung war. Wir wollen und haben Leute, die als ehrliche Kämpfer unserer Bewegung ihre ganze Kraft einsetzen um in kürzester Frist eine Wiedergesundung des Deutschen Staates in allen seinen Zweigen zu ermöglichen und denen werden wir dann auch für ihre selbstlose Arbeit eine auskömmliche Bezahlung gewährleisten.

ergo.

Neuer Schulerlaß Hartnackes.

Dresden, 14. März. Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei meldet: Der Beauftragte des Reichskommissars für das Volkshochschulwesen hat folgendes verordnet:

1. Ich mache es jedem Lehrer und Erzieher im Lande Sachsen zur amtlichen Pflicht, sich in jedem Augenblick bewußt zu sein, daß er für die Erziehung deutscher Jugend zum nationalen und völkischen Gedanken, zum Christentum und zu echter Volksgemeinschaft verantwortlich ist. Keuschungen und Handlungen der Klassenverhetzung und un-deutscher Gesinnung, Verletzungen des religiösen, christlichen und völkischen Empfindens ziehen die schärfsten Maßnahmen des Dienststrafverfahrens nach sich. Insbesondere gilt das für Äußerungen gegen Personen und Parteien, welche die Träger der nationalen Erneuerung sind und gegen die von dem Herrn Reichspräsidenten unter Gegenzeichnung des Herrn Reichskanzlers verkündeten Farben und Hoheitszeichen.
2. Die gekennzeichneten Pflichten gelten auch für alle Lehrenden an volkserzieherischen Veranstaltungen und Einrichtungen, soweit diese irgendwie durch die öffentliche Hand

gefördert werden, wie Volkshochschulen, Volkshochschulstufen und Einrichtungen und Lehrgänge zur körperlichen Erziehung. Beihilfen aus öffentlicher Hand dürfen nur Verbänden und Einrichtungen gewährt werden, deren Leiter und Lehrende sich schriftlich zur gewissenhaften Erfüllung der unter 1. gekennzeichneten Grundzüge verpflichten.

3. Räume und Einrichtungen öffentlicher Schulen, Turnhallen und Turnplätze sind nur solchen Verbänden, Vereinen und Gruppen zur Verfügung zu stellen, deren Leiter und Lehrende sich schriftlich zu strengster Innehaltung der Bestimmungen unter 1. der Verordnung verpflichten. Die Inhaber und Verwalter der in Frage kommenden Einrichtungen sind dafür verantwortlich, daß vor weiterer Benutzung von Räumen und Plätzen durch Dritte ihnen eine entsprechende schriftliche Verpflichtungserklärung übergeben wird. Es darf keine Gleichbehandlung für vaterländische und vaterlandslose Organisationen und Bildungseinrichtungen geben.

Sachsen verlangt Waffenablieferung

Dresden, 14. März. Der Reichskommissar für Sachsen erläßt im Sächsischen Geheblatt Nr. 4 vom 15. März 1933 eine Verordnung über Ablieferung von Waffen durch die Angehörigen der sozialistischen Parteien (Kommunisten und Sozialdemokraten) an die Polizeipräsidien, Polizeidirektionen, Amtshauptmannschaften und Stadträte, welchen die Befugnisse der Verwaltungsbehörden voll übertragen sind.

Reichskommissar Klinger an die Presse.

Dresden, 14. März. Am Dienstagmittag fand im Hauptministerialgebäude eine Pressebesprechung statt, die aus dem ganzen Lande stark besucht war. Der Inhaber der volziehenden Gewalt in Sachsen, Reichskommissar v. Klinger, wies in einer kurzen Ansprache darauf hin, daß für die heutigen Verhältnisse in Sachsen der am 5. März zum Ausdruck gekommene Volkswille maßgebend sei. Der herbeigeführte Zustand sei durch die Reichsregierung legalisiert worden.

Die gesamte Presse habe die Pflicht, sich in den Dienst der nationalen Revolution zu stellen, wenn sie dem Volke dienen wolle.

Dieser Zeitung, die das nicht tun werde, die also gegen das Volk arbeite, werde scharfe Maßnahmen zu gewärtigen haben. Besondere Zeiten bedingen besondere Maßnahmen. Reichswehr, Polizei, SA, SS, der Stahlhelm und die übrigen Verbände ständen heute in einer einzigen gewaltigen Front. Sie würden jeden Widerstand mit allen Mitteln brechen. Bei der Auswahl der Persönlichkeiten für die führenden Stellen sei für ihn nicht das Dienstalter, sondern der Dienstleister, die Verantwortungsbereitschaft, die Anständigkeit und Ehrlichkeit, eine laubere Werte sowie Energie und Mut maßgebend gewesen. Er habe keine Bonzen, sondern Fachleute eingesetzt. Die jetzige Regelung sei nur kommissarisch.

Was in Zukunft werden würde, sei von den Entscheidungen des Reichstages abhängig.

Dann werde sich auch entscheiden wer bleiben werde von den jetzigen Männern und wer durch einen anderen ersetzt werden würde. Heute gelte es unter allen Umständen, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten und jeden Versuch, die Wirtschaft zu stören, mit allen Mitteln zu verhindern.

Der Reichskommissar schloß, er werde so handeln, wie er es vor dem sächsischen Volke und seinem Führer Adolf Hitler verantworten könne. Mit einem kurzen Schlusswort des kommissarischen Pressesprechers der Staatskanzlei, Dr. Winter, wurde die Besprechung beendet.

Reichsfahne der Ehre!

Der Koffhändlerbund für die Wiedereinführung der alten Reichsfarben Schwarz-Weiß-Rot.

Mit Freude und Genugtuung begrüßt es der Koffhändlerbund im Namen seiner drei Millionen ehemaligen Soldaten, daß die Reichsregierung die Wiedereinführung der Reichsfahne Schwarz-Weiß-Rot plant.

Der Koffhändlerbund, dem diese Farben stets ein Symbol der Reichseinheit, deutscher Tüchtigkeit und deutscher Taten, deutschen Heldentums und deutschen Opfermutes waren, hat auch in bittersten Zeiten unentwegt an diesen Farben festgehalten und sie als Ehrenzeichen seines großen Soldatenbundes treu geführt in dem festen Glauben, daß mit ihnen der Wiederaufstieg unseres Vaterlandes erfolgen wird.

Im Namen der zwei Millionen Kameraden, deren heldischen Opfermutes das ganze deutsche Volk am letzten Sonntag gedachte, und im Namen der ungezählten Millionen, die unter der Fahne Schwarz-Weiß-Rot in Frieden und Krieg den Ehrenruf des deutschen Volkes trugen, erwartet der Koffhändlerbund, daß die Reichsregierung die alten heiligen Farben Schwarz-Weiß-Rot so schnell wie möglich herausläßt aus dem Parteikampf und sie wieder einsetzt als Fahne des nationalen, wehrwilligen gesamten deutschen Volkes.

Mit Schwarz-Weiß-Rot zum neuen Aufstieg und zur Freiheit!

Kundgebung des Deutschen Beamtenbundes.

Berlin, 14. März. Der Deutsche Beamtenbund verbreitet folgende Kundgebung:

„Die am 30. Januar 1933 vom Herrn Reichspräsidenten berufene Regierung des nationalen Aufbaues ist durch die Wahl vom 5. März bestätigt worden. Die Reichsregierung kann nunmehr, nachdem auch in den Wahlen vom 12. März für die Verwaltungen der Gemeinden und Gemeindeverbände der politische Wille des Volkes eindeutig zum Ausdruck gekommen ist, an ihre Aufbauarbeit herangehen. Ein neuer Abschnitt deutscher Geschichte hat begonnen. Nach den Worten des Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg und des Herrn Reichskanzlers Hitler soll sich die ruhmreiche Vergangenheit des Deutschen Reiches mit der kraftvollen Wiedergeburt der deutschen Nation verbinden. Wie das Berufsbeamtenamt in der Vergangenheit an Deutschlands Größe unheimlich mitgearbeitet hat, so will es auch an dem Wiederaufstieg der Nation tätigen Anteil haben.“

Der Deutsche Beamtenbund als die überparteiliche Berufsorganisation der deutschen Beamten wird bei dem staatlichen und wirtschaftlichen Aufbau des Reiches tatkräftig mitarbeiten, getreu seinem Programmsatz, daß das Allgemeinwohl den Einzelinteressen voranzugehen hat. Der Deutsche Beamtenbund dankt der Reichsregierung dafür, daß sie unmissverständlich alle eigennützigen und ungeseligen Eingriffe in den Gang der öffentlichen Verwaltung unterdrückt hat, um damit Recht und Ordnung zu sichern. Für den deutschen Berufsbeamten kann es nichts anderes geben, als daß er sich willig und mit voller Hingabe zur Verfügung stellt und die Regierung durch treue Pflichterfüllung unterstützt.

Hitlers Besprechungen über die Regierungsbildung in Bayern.

München, 14. März. Der nationalsozialistische Fraktionsführer Dr. Buttman teilte der Fraktion der Bayerischen Volkspartei, die den ganzen Tag über im Landtagsgebäude versammelt war, mit, daß vor Mittwochmittag nichts verhandelt werden könne. Anscheinend sind die Beratungen innerhalb der NSDAP. noch nicht abgeschlossen. Staatskommissar Hermann Esser gab zur Regierungsbildung bekannt: „Reichskanzler Adolf Hitler hielt heute noch verschiedene Besprechungen über die Regierungsbildung in Bayern ab. Es hat sich herausgestellt, daß im Hinblick auf die großen Entscheidungen, die in der nächsten Woche erfolgen werden, es durchaus zweckmäßig ist, auch in Bayern in diesen Tagen noch alle mit der Regierungsbildung zusammenhängenden Fragen so gründlich zu klären, daß eine solide Lösung herbeigeführt werden kann. Mit einem Zusammentritt des Landtags ist deshalb in den nächsten Tagen noch nicht zu rechnen.“

Der Reichskommissar für Baden beschuldigt den Staatspräsidenten der Aktenverschleppung.

Karlsruhe, 14. März. Die Pressestelle beim Staatsministerium veröffentlicht eine Mitteilung, wonach bald nach Übernahme der Regierungsgewalt durch den Beauftragten der Reichsregierung die Feststellung gemacht worden sei, daß sehr wichtige politische Akten des Staatsministeriums fehlten. Die sofort eingeleitete Untersuchung habe ergeben, daß die Akten noch am 10. März — also einen Tag vor der Einsetzung des Reichskommissars — in einem mit dem Dienststempel des Staatsministeriums mehrfach versiegelten Paket als Privates Depot des Staatspräsidenten Dr. Schmitt auf dem Generallandesarchiv unter besonders schriftlich niedergelegten Bedingungen hinterlegt worden seien. In dem fraglichen Vertrag sei zum Ausdruck gekommen, daß der Hinterlegende und seine Nachkommen bis zum 1. April 1933 jederzeit die Herausgabe des Paketes verlangen könnten und die Papiere nach diesem Tage in das Eigentum des badiischen Staates übergingen. Die Direktion des badiischen Landesarchivs habe sich in dem Vertrag verpflichtet, die Öffnung des Paketes unter keinen Umständen ohne Einwilligung des Hinterlegenden oder seiner Nachkommen vor dem 1. April 1933 vorzunehmen oder die Vornahme der Öffnung irgendwem zu gestatten.

Das Breslauer Gerichtsgebäude von der Polizei besetzt.

Breslau, 14. März. Nach einer Meldung der „Nationalsozialistischen Tageszeitung“ vom Dienstag sollte die Stadtwache der SA. nach Rücksprache mit dem Breslauer Oberlandesgerichtspräsidenten Witte, mit dem Oberregierungsrat Patschowski, der Stellvertreter des Polizeipräsidenten ist, und mit dem SA-Gruppenführer Deines das Breslauer Gerichtsgebäude bis zur Beendigung des bekannten dreitägigen Justiziums (Rechtsstillstandes), das am Mittwoch sein Ende findet, besetzt und an dem Eingang infoweit eine Kontrolle vorgenommen haben, als kein Jude das Gebäude betreten dürfen.

Wie wir hierzu von amtlicher Seite erfahren, hält nicht SA., sondern die Polizei das Gerichtsgebäude besetzt. Die SA. übt lediglich einen Schutz aus. Der Verkehr wickelte sich im Laufe des Dienstags normal ab. Am Oberlandesgericht sollen darüber hinaus sogar einige Beweistermine stattgefunden haben.

Zu der weiteren Meldung Berliner Blätter, nach denen Oberlandesgerichtspräsident Brüll die jüdischen Gerichtsbeamten, Richter und Anwälte angewiesen haben soll, sich in der Ausübung ihrer Dienstpflichten während des Justiziums als behindert zu betrachten, konnte keine verlässliche Auskunft erhalten werden.

Die Warenhaussteuer kommt.

Berlin, 14. März. Wie die Telegraphenunion erfährt, wird Preußen demnächst Zuschläge zur Gewerbesteuer bei Warenhäusern, Einheitspreisgeschäften und Großhändlerbetrieben erheben. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß die inzwischen sämtlich gleichgeschalteten Länder in gleicher Weise vorgehen werden. Bekanntlich läuft das Realsteuergesetz am 31. März ab.

Die Gewerbesteuer ist bekanntlich Ländersteuer. Diese neue Maßnahme ist nicht zu verwechseln mit den im Jahre 1930 beschlossenen Sonderzuschlägen für die Umsatzsteuer bei einem Umsatz von mehr als einer Million Mark. Es ist nicht ausgeschlossen, daß diese Umsatzsteuerzuschläge durch

die neuen Zuschläge zur Gewerbesteuer für die obengenannten Geschäftskategorien abgelöst werden.

Berlin, 14. März. Wie der „Angriff“ meldet, liegt im preussischen Finanzministerium der Entwurf einer Besteuerung der Warenhäuser, Großhändlerbetriebe und Einheitspreisgeschäfte vor. An die Besteuerung aller Filialbetriebe soll nicht gedacht sein, sondern man scheint im wesentlichen nur die Großhändlerbetriebe in die Besteuerung einbeziehen zu wollen. Mit der Veröffentlichung der Verordnung ist in aller nächster Zeit zu rechnen.

Der Republikanische Richterbund aufgelöst.

Berlin, 14. März. Der Republikanische Richterbund hat seine Auflösung beschlossen und durchgeführt.

Kündigung bei der Reichsrechtsanwaltschaft. Die Reichsrechtsanwaltschaft hat dem Chefingenieur Schäfer gekündigt. Ueber seinen Nachfolger ist noch nichts bekannt.

Prozeß Hinge aufgelöst.

Der Verteidiger legt die Verteidigung nieder.

Berlin, 14. März. Der Totschlagsprozeß gegen den Bankier Hinge nahm am Dienstag ein sensationelles Ende. Als der Verteidiger, Rechtsanwalt Bahn, während der Verhandlung mit zwei Journalisten sprach, wurden diese von dem Vorsitzenden, Landgerichtsdirektor Dr. Truppner, befragt, was sie mit dem Anwalt besprochen hätten. Nach Protestrufen des Verteidigers erklärte der Vorsitzende, daß er den Argwohn einer unzulässigen Fühlungnahme zwischen Verteidiger und Journalisten gehabt habe. Hierauf verlangte der Verteidiger eine formelle Entschuldigung des Vorsitzenden, da das Verhalten des Vorsitzenden eine Beleidigung des Anwaltsstandes darstelle. Der Vorsitzende entzog dem Verteidiger das Wort und erklärte, daß er keine Veranlassung zu einer Entschuldigung habe. Nicht er habe den Anwaltsstand beleidigt, sondern der Verteidiger habe sich durch sein Verhalten einer Beleidigung schuldig gemacht. Rechtsanwalt Bahn legte darauf die Verteidigung nieder. Bankier Hinge soll nun zur Donnerstagstagung ein Offizialverteidiger gestellt werden.

Erste Lage in Tirol.

Heimatwehr einberufen.

Innsbruck, 15. März. In der vergangenen Nacht hat sich in Innsbruck die politische Lage bedeutend verschärft. Im Laufe der Nacht sind bei der Tiroler Landesregierung Nachrichten über einen Aufruf des sozialdemokratischen Republikanischen Schutzbundes und über die Veranlassung eines Generalstreiks eingelaufen. Die Tiroler Landesregierung hat infolgedessen um 4 Uhr früh die Innsbrucker Heimatwehr als Hilfspolizei aufgerufen. Die gesamte Heimatwehr wurde noch im Laufe der Nacht alarmiert und zusammengezogen. Der sozialdemokratische Republikanische Schutzbund hat keine ständige Bereitschaft im Parteieigenen bedient. Es sollen auch die Schutzbundformationen aus ganz Tirol in Innsbruck zusammengezogen worden sein. Im Hofe des Heims wimmelt es von uniformierten und zum Teil bewaffneten Leuten. Auch Gendarmerie und Bundesheer stehen seit den frühen Morgenstunden in Alarmbereitschaft. Gendarmereipatrouillen auf Kraftfahrzeugen führen von Innsbruck aus in die Umgebung.

Am Dachgelms des Gebäudes der Tiroler Landesregierung wurden zwei Mauerstufen ausgebrochen, anscheinend zum Einbau von Maschinengewehren. Die Gewehrleitung der Nationalsozialistischen Partei fordert in einem Aufruf auf strengste Ruhe zu bewahren, da die nationalsozialistische Bewegung sich allen Gegnern zum Trotz auch in Oesterreich durchsetzen werde.

Kommunisten-Verhaftungen und Waffenfunde in Tirol.

Innsbruck, 15. März. In der letzten Nacht wurde in der Stadt Schwaz (Tirol) eine Reihe von Wohnungen bekannter Kommunisten durchsucht. Einige Kommunistenführer hatten sich in einer Wohnung versammelt und leisteten Widerstand. Die Gendarmerie mußte die Tür aufsprengen, und erst als die Beamten mit gefüllten Bajonetten vorgingen, ergaben sich die Kommunisten. Insgesamt wurden 32 Personen zwangsgewaltig, von denen 7 in Haft behalten wurden. Es wurden zahlreiche Waffen beschlagnahmt, die zur Bewaffnung von einhundert Mann genügt hätten. Außerdem wurde Propagandamaterial beschlagnahmt, aus dem unter anderem hervorging, daß eine Zusammenarbeit zwischen den Kommunisten mit den sozialdemokratischen Organisationen bestanden hat.

Die englisch-russische Spannung.

Scharfe Sprache der Londoner Presse.

London, 15. März. In englischen politischen Kreisen wird das Verhalten der russischen Behörden im Zusammenhang mit der Verhaftung der englischen Angestellten der Vidars-Gesellschaft sehr ernst beurteilt. Am Dienstag waren allerlei Gerüchte über die möglichen Maßnahmen der englischen Regierung in Umlauf. So wurde von der Möglichkeit eines Abbruchs der englisch-russischen Wirtschaftsverhandlungen gesprochen. Das Außenministerium nimmt jedoch eine abwartende Haltung ein und wartet auf den Bericht des Moskauer englischen Botschafters.

Einige Zeitungen schlagen in ihren Leitartikeln einen sehr scharfen Ton an. „Daily Telegraph“ erinnert an den Fall der vor fünf Jahren wegen angeblicher Sabotage im Donez-Gebiet verhafteten deutschen Ingenieure, deren Freilassung durch den energischen Druck der deutschen Regierung erreicht wurde.

Aus aller Welt.

* Ausschluß von drei SA-Leuten aus der Partei. Aus Köln wird gemeldet: Mehrere Angehörige der NSDAP. drangen Dienstagvormittag in die Wohnung eines jüdischen Kaufmanns ein und forderten unter Behauptung von Fälschung die Öffnung des Geldschrankes, aus dem sie 800 Mark entwendeten. Drei an der Tat beteiligte Personen wurden festgenommen. Die SA-Leitung schloß diese drei Leute sofort aus der Partei aus und zog ihnen

Änderung der Reichskriegsflagge und der Reichswehrtorlarde.

Ein Erlass des Reichspräsidenten an die Wehrmacht.

Berlin, 15. März. Der Reichspräsident hat mit Gegenzeichnung des Reichsanzlers und des Reichswehrministers für die Wehrmacht eine Änderung der Hoheitszeichen verordnet. Danach ist die Reichskriegsflagge wie bisher schwarz-weiß-rot mit dem Eisernen Kreuz in der Mitte unter Wegfall der schwarz-rot-goldenen Eck.

Die Größe der Kriegsflagge ist die neue Reichskriegsflagge in entsprechend kleineren Abmessungen.

Die Flagge des Reichswehrministers ist neue Reichskriegsflagge mit weiß-schwarzer Umrandung.

Die Dienstflagge der Reichsbehörden zur See, soweit sie von Behörden der Wehrmacht geführt wird, ist die Reichskriegsflagge, jedoch in weißen Streifen mit dem Reichsadler an Stelle des Eisernen Kreuzes.

Der Reichspräsident hat ferner verordnet, daß die Wehrmacht an der Dienstmütze im Eisenlaubkranz die Reichstorlarde in den Farben schwarz-weiß-rot und an der Feldmütze nur die Reichstorlarde zu tragen hat. Am Stahlhelm wird an der Stelle des bisherigen landmannschaftlichen Abzeichens das gleiche Schild in den Farben schwarz-weiß-rot getragen.

Erlass des Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident hat dazu folgenden Erlass an die Wehrmacht gerichtet:

An die Wehrmacht!

Durch meine Verordnungen über die Abänderung der Reichskriegsflagge und über die Einföhrung der alten schwarz-weiß-roten Torlarde habe ich der inneren Verbundenheit der deutschen Wehrmacht mit den wiedererwarteten nationalen Kräften

des deutschen Volkes auch einen sichtbaren Ausdruck gegeben.

Die deutsche Reichswehr hat trotz aller äußeren Fesseln durch schwere Nachkriegsjahre im deutschen Volk den Wehrgedanken erhalten. Mögen diese äußeren Zeichen innerer Verbundenheit dem ganzen Volke stets vor Augen führen, daß eine bessere Zukunft nicht ohne den Willen zur Verteidigung der Heimat errungen werden kann. Im Dienst der alten Soldatentugenden, getragen von einheitlichem Willen des Volkes, soll die Wehrmacht auch künftighin Sinnbild und Stolz der Nation bleiben.

Der Reichspräsident (gez.) v. Hindenburg.

Der Reichswehrminister (gez.) v. Blomberg.

Hitler wieder in Berlin.

Dr. Luther, Krogmann und v. Killinger beim Kanzler. Berlin, 15. März. Reichskanzler Hitler ist von seiner kurzen Reise nach Süddeutschland heute um 10 Uhr wieder in Berlin eingetroffen. Entgegen der ursprünglichen Annahme, daß heute keine Besprechung zwischen dem Kanzler und dem Reichsbankpräsidenten Dr. Luther stattfinden werde, ist im letzten Augenblick doch noch ein Empfang vorgehen, der um 11.45 Uhr stattfand. Weiter wird der Kanzler im Laufe des Tages den Ersten Bürgermeister von Hamburg, Krogmann, und den Reichskommissar für Sachsen, v. Killinger, empfangen.

In der Sitzung des Reichskabinetts, die am Mittwoch um 16.15 Uhr beginnt, wird die allgemeine politische Lage besprochen werden. U. a. wird auch der Entwurf über die Krankenversicherung zur Sprache kommen.

Frankreich sieht Gespenster.

Diplomatischer Schritt des französischen Botschafters beim Reichsaußenminister.

Berlin, 15. März. Amtlich wird mitgeteilt: „Der französische Botschafter Francois Boncet hat am Dienstag den Reichsaußenminister des Auswärtigen, Freiherrn v. Neurath, aufgesucht, um im Auftrage der französischen Regierung wegen der Vorgänge in Kehl und der Verwendung von Hilfspolizei in der entmilitarisierten Zone unter Hinweis auf Artikel 43 des Versailler Vertrages Beschwerde zu führen. Der Reichsaußenminister hat diese Beschwerde als unbegründet zurückgewiesen. Weder die Vorgänge in Kehl noch die Verwendung von Hilfspolizei solle unter die Bestimmungen des Versailler Vertrages über die entmilitarisierte Zone. Die im übrigen nur während 36 Stunden in der Polizeikaserne in Kehl untergebracht gewesene SA-Mannschaft, von der höchstens jeder zehnte Mann mit einem Jagdgewehr oder Revolver ausgerüstet gewesen sei, noch die Hilfspolizei könnten als bewaffnete Streitkräfte angesehen werden. Im übrigen handle es sich hierbei um innerpolitische Maßnahmen, die der Aufrechterhaltung der gefährdeten Ruhe und Sicherheit dienen.“

England und die angebliche „Verletzung“ der entmilitarisierten Zone.

London, 15. März. Ueber die letzten Ereignisse in der entmilitarisierten Zone, wo SA-Truppen die Bürgermeister abgesetzt hatten, sind beim englischen Außenministerium zwar noch keine amtlichen deutschen Mitteilungen, wohl aber nunmehr informatorische Aufklärungen eingegangen, auf Grund deren die englischen Stellen die Vorgänge jetzt in einem etwas anderen Lichte beurteilen. Es wird anerkannt, daß die Besetzung der Zone in den verschiedenen Städten wie Köln, Speyer, Kehl usw. durch die SA eine innere Angelegenheit Deutschlands ist und daß

eine vorsätzliche Verletzung von Verträgen durch die deutsche Regierung nicht beabsichtigt war. Immerhin bestiehe noch die Möglichkeit einer technischen Verletzung der Vertragsabmachungen.

Die von dem Londoner Berichterstatter des „Echo de Paris“ wiedergegebene Auffassung, daß die englische Regierung ein „Ultimatum“ Frankreich an Deutschland nicht ungünstig aufnehmen werde, in dem eine Wiederbesetzung von deutschen Gebieten durch französische Truppen im Falle der Nichtzurückziehung der nationalsozialistischen Sturmtruppen angedroht werden sollte (!), entspricht keinesfalls den amtlichen englischen Absichten. Die englische Politik legt vielmehr Wert auf eine baldige völlige Vereinigung der Angelegenheit und weist im übrigen darauf hin, daß auf Grund der Vertragsabmachungen einseitige Schritte unzulässig sind und etwaige Klagen zunächst beim Völkerrundrat vorgebracht werden müssen. Es wird aber nochmals betont, daß eine deutsche Neuauflösung über die außenpolitischen Ziele der neuen deutschen Regierung wohlwollend auf die europäische Atmosphäre wirken könnte.

Niemand kann Deutschland hindern...

London, 15. März. Die liberale „News Chronicle“ fordert energisch von Frankreich, daß es keine im Versailler Vertrag gegebenen Abrüstungsversprechungen erfülle.

Wenn Frankreich erkläre, daß es nicht abrüsten wolle, so könne nichts in der Welt Deutschland daran hindern, wieder aufzurüsten.

Wenn Frankreich sich weigere, dann könne weder der Locarnovertrag noch irgendein anderer Vertrag das englische Volk binden, mit seinem Blute die französische Politik und das französische Geld zu verteidigen.

die Braunhemden auf der Stelle aus. Das Strafverfahren wegen räuberischer Erpressung ist eingeleitet worden.

Durchsuchung der kommunistischen Fraktionsräume im Preussischen Landtag. Wie der Preussische Pressedienst der RSDAP mitteilt, erschienen am Dienstagvormittag im Preussischen Landtag mit Genehmigung des Landtagspräsidenten Herrl. Polizeibeamte, um die bisherigen kommunistischen Arbeitszimmer und den Fraktionsaal der Kommunisten einer polizeilichen Durchsuchung zu unterziehen. Man fand Druckmaschinen und anderes Material vor, das beschlagnahmt und später abgeführt wurde. Die Räume wurden nicht verriegelt, damit sie der Landtagsverwaltung zur weiteren Verfügung stehen.

San der Lubbe nicht alleiniger Täter. In verschiedenen Zeitungen ist die Nachricht verbreitet, daß von der Lubbe das Feuer im Reichstag allein angezündet habe. Das trifft nicht zu. Die Ermittlungen des Untersuchungsrichters beim Reichsgericht haben zuverlässige Anhaltspunkte dafür ergeben, daß von der Lubbe die Tat nicht aus eigenem Antrieb begangen hat. Zur Zeit können Einzelheiten im Interesse der Untersuchung nicht mitgeteilt werden.

Strafschlacht in Elbing. — Mehrere Todesopfer. Am Montagnachmittag wurde in Elbing ein Trupp Nationalsozialisten an der Paul-Wirch-Straße aus dem Hinterhalt beschossen. Der SA-Mann Strehlau wurde schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht und eine etwa 70 Jahre alte Frau erhielt einen Beckenschuß. Durch einen Armhaken wurde auch ein zwölfjähriges Mädchen verletzt. Im ganzen sollen etwa 40 Schüsse abgegeben worden sein. Starke SA- und SS-Abteilungen begaben sich sofort nach Bekanntwerden des Überfalls nach dem Vorort Pangritz und regelten einige Straßenzüge ab. Ein Polizeiaufgebot griff ebenfalls ein und nahm eine Durchsuchung des ganzen Wohnviertels vor. Bei hereinbrechender Dunkelheit entwickelte sich eine wilde Schießerei. Die Kommunisten ergriffen auf die vorrückende SA und Polizei ein schweres Feuer, das von der Polizei erwidert wurde. In den späten Abendstunden erst gelang es, die Ruhe wiederherzustellen. Die Polizei stellte fest, daß die Kommunisten, die zwei Tote zu verzeichnen haben, sämtlich mit Karabinern bewaffnet waren.

Anschlag auf eine Reichsbahnstrecke. Am Montag gegen 18.30 Uhr wurden drei junge Burchen dabei überfallen, als sie ein an dem Bahnhöfchen der Strecke Nauzel — Herne bei Kilometer 102,8 befindliches Vorzeichen, das bereits abgedreht worden war, fortzuschaffen wollten. Einer der Täter wurde ergriffen. Die beiden anderen entkamen. Ihre Namen sind der Polizei jedoch bekannt.

Schweres Kinobrand in Mexiko. — 50 Tote, 70 Verletzte. Bei einem Kinobrand in Aguascalientes (Mexiko) wurden 30 Personen durch den Strom getötet und weitere 40 Kinobesucher, meist Frauen und Kinder, kamen in Gewandte, das an den Ausgängen entzündet, zu Tode. 70 Zuschauer wurden zum Teil sehr schwer verletzt.

Ein taubstummes Mädchen vom Zuge überfahren und getötet. Bei Elmshorn ereignete sich ein tragischer Unglücksfall. Ein sechsjähriges taubstummes Mädchen, das auf den Eisenbahnschienen spielte und das Herannahen des Zuges nicht sah, da es mit dem Rücken zur Lokomotive stand, wurde erfaßt und auf der Stelle getötet.

Die amerikanischen Brauereien auf dem „Sprung“. Die amerikanischen Brauereien haben, Meldungen aus St. Louis zufolge, alle Vorbereitungen getroffen, um nach endgültiger Aufhebung der Prohibition die Arbeit sofort aufnehmen zu können. Der Besitzer einer der größten Brauereien, Augustus Busch, erklärte, er habe bereits große Aufschaffungen von Maschinen und Rohstoffen gemacht und 1200 Arbeiter eingestellt.

Die Biervorlage vom Ausschuss des Repräsentantenhauses angenommen. Der Ausschuss des Repräsentantenhauses hat die Biervorlage angenommen. Die Vorlage sieht den Ausschank von Bier und ähnlichen alkoholischen Getränken mit einem Alkoholgehalt bis zu 3,2 Gewichtsprozent vor, ferner eine Bundessteuer in Höhe von 10 Cent pro Gallon. Weiter wird bestimmt, daß die einzelnen Bundesstaaten die Betriebsregeln. Vorschriften nach „Prohibition“ Staaten sind verboten. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnisstrafen bis zu einem Jahr und 1000 Dollar Geldstrafe geahndet. Die Vorlage erhält 15 Tage nach ihrer Unterzeichnung durch den Präsidenten Gesetzeskraft.



Die Saat geht auf
Roman von
Curt J. Braun
(Nachdruck verboten.)

Eipp blieb kalt, als wäre nichts geschehen. Er betrachtete nur eingehend und fast erschaut seine Hand, die man misshandelt hatte, schob sie dann mit einem Aua in die Tasche und ging wortlos zurück in das Zimmer zu den anderen.

„Nicht gut, wenn schöne Frau so stolz!“ beharrte Jatzewski mit der Eindringlichkeit eines Betrunknen. „Gehört sich nicht gegenüber Edelmann, Herr Schiemann! Gehört sich nicht!“

Der Gutsbesitzer war hochrot geworden. Die ganze Freundschaft war aus seinem Gesicht fortgewischt. „Bestie!“ knurrte er, während er die Treppe hinaufstief. Renate stand noch bewegungslos in ihrem Zimmer, als er eintrat. Er warf die Tür dröhnend ins Schloß, blieb atemlos stehen und schrie sie an: „Bist du verrückt geworden, daß du meine Gäste so behandelst?“

Renate sah ihn kühl an, dann wandte sie sich mit einem Achselzucken ab: „Du weißt, daß mich deine Gäste nichts angehen!“

„So! — Ich wünsche aber, daß sie dich etwas angehen! Das fällt dir eigentlich ein? Willst du mich vor den Leuten blamieren?“

Sie wandte sich gelangweilt ab. „Bitte, laß mich jetzt allein. Ich bin müde.“

Ihre Kunde reizte ihn noch mehr. Er griff nach ihrem Handgelenk und riß sie dicht zu sich heran. „Du wirst dich bei Eipp entschuldigen, verstanden? Ich werde dir deine Mädchen schon austreiben!“

Sie wehrte sich nicht einmal; nur ihre Augen schlossen sich zu dünnen Linien, als sie erwiderte: „Du bist betrunken, Georg! Laß mich allein!“

Er schrie: „Ich habe keine Lust, mich deinnetwegen auslassen zu lassen! Du wirst dich bei Eipp entschuldigen! Ich bin hier der Herr im Hause! Du hast dich danach zu richten!“

„Wenn du das glaubst“, sagte sie sehr leise und klar, „gehe ich noch heute nacht von hier weg! — Und das kann für dich nur unangenehm werden!“

Er ließ sie betroffen los. „Wieso?“

Jetzt war sie selbst erregt. Eine Blutwelle stieg in ihr Gesicht. Sie rief: „Glaubst du, ich weiß nicht, was draußen aus dem Wagen ausgeladen wird? Glaubst du, ich weiß nicht, wer dein Freund Jatzewski ist und warum du dich jetzt dauernd mit diesem Eipp abgibst? Glaubst du nicht, daß sich dafür viele Leute interessieren würden?“

Schiemann stand starr. Die Röte seines Gesichtes wich einer lässigen, trankhaften Blässe. Seine Lippen suchten fieberhaft nach Worten, endlich fragte er fast naiv: „Was weißt du?“

„Ich weiß, daß du ein Verbrecher geworden bist, und daß ich mich schäme, deine Schwester zu sein! Ich weiß, daß du ein Judas bist, der sich verkauft hat! Und daß ich jede Nacht Gott aus den Knien dafür danken müßte, daß dein Vater und deine Mutter das nicht mehr erleben haben! Einmal muß man dir das ja sagen! Und jetzt kannst du zu deinen Leuten zurückgehen und ihnen bestellen, warum mich deine Gäste nichts angehen!“

Der Mann rührte sich noch immer nicht. Nur um seine Mundwinkel zitterte etwas, was Entsetzen und Wut zugleich war.

„Ich — ein Judas —?“ sagte er heiser, röchelnd. „Ich — ein — und — — und du würdest — — gegen mich — gegen deinen eigenen Bruder — mit den anderen — vorgehen —?“ Er brüllte plötzlich auf: „Du! Du spionierst hier wohl, was?“ Für einen Augenblick sah es aus, als wolle er sich auf sie stürzen.

Renate schüttelte den Kopf. Sie holte tief Atem. „Rein, Georg, ich spioniere nicht. Aber wir beide haben nichts mehr miteinander zu tun. Ich wünsche, daß du dich nicht mehr um mich kümmerst. Sonst —“

„Sonst —?“

„Wir wollen nicht darüber sprechen.“ Sie sagte es ganz ruhig. „Du mußt dir darüber klar sein, daß ich gegen dich nicht wehrlos bin. Ich habe immer gehofft, daß du noch einmal zur Vernunft kommst. Nur deshalb bin ich hiergeblieben. Jetzt — glaube ich es nicht mehr. Und deshalb werden wir uns über kurz oder lang trennen. Bis dahin laß mich, bitte, in Ruhe!“

Schiemanns Blicke gingen hilflos durch den ganzen Raum. Es schien, als wolle er noch etwas sagen; er blickte auch eine ganze Weile auf den Fußboden, dann drehte er sich plötzlich um und ging hinaus.

Ärm und Rauch schlugen ihm entgegen, als er unten eintrat. Die Gräfin und Sängerin Katja vollführte eben einen Solotanz, der mehr Eifer als Grazie bewies, und

fiel ihm prompt um den Hals, als er an ihr vorbeiging. Er stieß sie ziemlich unsanft zurück und knurrte: „Laß das!“

Sie überlegte kurz, ob sie beleidigt sein sollte; dann entschloß sie sich zu einem ungefährlichen Nicken, setzte sich neben Eipp und versicherte ihm zärtlich, er sei hier der einzige Gentleman, und nur er allein wisse, wie man sich einer Dame gegenüber zu benehmen habe. Eipp machte jedoch nicht den geringsten Versuch sich dieses Kompliment zu verdienen.

Schiemann setzte sich in eine Ecke, küßte den Kopf in die Hände und rührte sich nicht. Von Zeit zu Zeit murmelten seine Lippen unhörbare Worte. Jatzewski sah mißtrauisch witternd zu ihm hinüber. Er kannte derartige Stimmungen bei dem Besizer. Deshalb erhob er sich nach kurzer Zeit, ging zu ihm hinüber und schlug ihm freundschaftlich auf die Schulter.

„Was ist —?“

Schiemann knurrte etwas Böses. „Na, na!“ sagte der Pole und setzte sich neben ihn. „— den ganzen Dreck hinschmeißen!“ sagte Schiemann. „Alles keinen Zweck — ein Hund wird man dabei — ein läudiger Hund — man darf gar nicht daran denken.“

„Dreh mal das Grammophon auf!“ schrie Jatzewski ein Mädchen an. „Zur auch was!“ Er stieß den Besizer lebhaft in die Seite. „Paß mal auf! Katja — tanzen!“

Schiemann bob langsam den Kopf. Die Falten in seinem Gesicht waren noch tiefer als sonst.

„Ja, ja“, sagte er, „ich weiß schon. Ihr braucht euch gar nicht mehr so anzustrengen. Ich komm ja doch nicht mehr raus aus diesem Handel.“

Er erhob sich schwerfällig, dann neigte er sich langsam zu dem Polen:

„Bist ihr, was ihr mir alle könnt? — Ja. — Gebt mir mal einer was zu trinken! Ich ja schon alles egal! Ihr braucht keine Angst zu haben. Ich geh’ jetzt eben zu euch. Ja, ja, schon gut. . . Prost!“

Renate hörte in dieser Nacht noch lange den Lärm von unten. Aber er störte sie nicht einmal. An Schlaf war heute doch nicht zu denken. Man mußte sehr vieles überlegen. Fest stand nur, daß jetzt der Krieg angefangen hatte, dem sie bisher aus dem Wege gegangen war. Und sie war fast froh darüber. —

(Fortsetzung folgt.)

